

## Ein Jahres-, aber kein Feiertag

### Zur Erinnerung an den 13. März 2020

Es war zugegebenermaßen ein Freitag, der 13. – aber entschuldigt das alles?

In höchster Not musste die KMK handeln und beschloss für 11 Millionen Schüler\*innen und 820.000 Lehrkräften an 43.000 Schulen Türen zu schließen. Orte verwaisten, an denen Menschen sich üblicherweise versammeln, um nach bestem Wissen und Gewissen dem Weg der Bildung zu folgen.

Manch ein spontanes Frohlocken wandelte sich schnell als eines deutlich wurde: Vorbereitet auf Fernunterricht war das Land nicht. Man behalf sich mit Aufgaben in Maxibriefumschlägen, nahezu konspirativer Übergabe ihrer Lösungen zu präzise festgelegten Zeiten, wiederkehrenden Telefonaten, um sich wenigstens bekannter Stimmen zu vergewissern. Eltern übernahmen notgedrungen weitere Erziehungs- und Vermittlungsaufgaben, nachdem die Großeltern als Betreuungspersonal wegen der eigenen Gefährdungslage frühzeitig ausschieden.

Ein Szenario, das die oberste aller Bildungsminister\*innen, Frau Anja Karliczek, auf den Plan rufen musste. Als sie, in Gedenken an den oben genannten Freitag, Anfang April erklärte, sie danke denen, die sich jetzt auf vielerlei Wegen bemühten, die Bildungsrepublik Deutschland weiterhin Wirklichkeit werden zu lassen, wurde erneut und unmissverständlich klar, dass ihr Anliegen darin bestand, unbeeindruckt vom tatsächlichen Geschehen bildungspolitische Illusionen zu verbreiten.

Es geht um die Ideologie der „Bildungsrepublik“, um das Vortäuschen eines vorwärts gerichteten Prozesses, der angeblich „weiterhin“ abläuft, jedoch mit Sicherheit nicht um die „Wirklichkeit“. Bei dieser Realitätsleugnung kommt uns wieder der Dresdner Bildungsgipfel sauer hoch, bei dem schon 2008 Milliarden versprochen wurden, die nie unsere Bildungseinrichtungen erreichten.

Uns nicht wohlmeinende Kommentator\*innen bringen nun wieder den overschlauen Hinweis

ein, Bildungserfolg liege nicht ausschließlich am Geld. Aber, verdammt noch einmal, die Voraussetzungen beispielsweise für einen funktionierenden Fernunterricht erzeugen sich nicht von selber. Wo kein Endgerät im Haushalt oder ein sicheres WLAN vorhanden ist, gibt es schlicht keinen Empfang für den digitalen Unterricht. Sich händereibend an den unermöglichten Lehrkräften schadlos zu halten, verweist nur darauf, dass die Selbstverständlichkeit einer zeitgemäßen Fortbildung gerade nicht Standard des öffentlichen Schulwesens ist. Und Ressentiments lenken von eigenen Unzulänglichkeiten ab, wir kennen das von unserer Lokalzeitung zur Genüge.

Nun haben wir also diesen Jahrestag. Besser als in ausgedachten Wirklichkeiten zu verharren, wäre es, die in diesem Jahre aufgelaufenen Fragen einem gesellschaftlichen Diskussionsprozess zu unterziehen: Was lernen wir denn aus den Schulschließungen, aus der Abwägung der Grundrechte von Bildung und Gesundheit, aus der Dreistigkeit von Geschäftsinteressen, die sich Vorteile und Geld auch in der Krise verschafften? Geld im Übrigen, das beim Einhalten der Dresdner Zusagen fehlt.

Und es stellt sich die Frage, wer die Fähigkeit besitzt, diesen Diskurs zu führen. Manch eine Person, die heute glaubt, diesen Diskussionskreis an hervorgehobener Stelle beeinflussen zu müssen, könnte schon im September auf die Strafbank versetzt werden. Dann sind nämlich Bundestagswahlen!

### A 13 für alle?

Eine seit fast zwei Jahrzehnten herrschende Ungerechtigkeit findet in diesem Jahr ihr Ende. Die Einführung des A13-Lehramtes für die Grund- und Oberschulen und die damit verbundene und von der GEW seit langem geforderte Gleichbehandlung der Primar- und SEK I- Lehrer:innen wurde vom Bremer Senat auf den Weg und von der Bremischen Bürgerschaft am 8. Mai 2019 zum Beschluss gebracht. Eine sofortige

Angleichung war aus haushaltstechnischen Gründen allerdings nicht umsetzbar, eine Angleichungszulage in zwei Schritten sollte den Übergang für beamtete Lehrkräfte bis zur direkten Überleitung im August 2021 ermöglichen.

Wer die Tarifsystematik beherrscht bemerkte schnell, dass dies auch Auswirkungen für die Tarifbeschäftigten haben wird. Die Systematik der Entgeltordnung folgt nicht nur der vorliegenden Qualifikation einer Lehrkraft, sondern auch einem Tätigkeitsmerkmal, das sich der Ungerechtigkeit der Besoldungsgesetzgebungen der Länder anpasst: **Die Eingruppierung nach dem vorliegenden Statuslehramt der Schulstufe ist der Bezug.** Im Land Bremen war das beschränkt auf die Besoldungsgruppen A12 und A13.

**Das ist jetzt vorbei.** Nunmehr gilt: Die angestellten Lehrkräfte aus dem A12-Lehramt werden alle entsprechend ihrer Studienabschlüsse nach dem A13-Lehramt höhergruppiert.

- Angestellte mit Staatsexamen für das Lehramt springen direkt von der Entgeltgruppe (EG) 11 in die EG 13,
- Lehrkräfte mit wissenschaftlichem Hochschulabschluss und einem anerkannten Unterrichtsfach von der EG 10 in die EG 12,
- mit Bachelor- oder FH-Abschluss von der EG 10 in die EG 11
- und alle anderen von der EG 9b in die EG 10.

**In Bremerhaven werden mehrere Hundert Lehrer:innen diese Höhergruppierung innerhalb der Tarifautomatik erfahren.** Dass sie alle tagtäglich eine gleichwertige, anspruchsvolle Lehrtätigkeit ausüben und dennoch nach vier

verschiedenen Entgeltgruppen und somit nicht gleich bezahlt werden, liegt daran, dass ihre Arbeitskraft zwar dringend benötigt und gerne in Anspruch genommen wird, eine Höherqualifizierung nur wenigen vorbehalten und in der Breite nicht umgesetzt wird. **Diese Ungerechtigkeit bleibt im Bundesland weiterhin bestehen.**

Ob eine Höhergruppierung dann immer gerecht sein wird, muss sich noch zeigen, denn eine **1 zu 1-Mitnahme der einschlägigen Berufserfahrung** aus der bisherigen Entgeltgruppe sieht das Tarifwerk pauschal nicht vor. Einen stufengleichen Aufstieg wie im TVöD gibt es noch nicht und selbst eine Mitnahme der Stufenlaufzeit wird nicht möglich sein. Das ist erstaunlich, weil wir doch wissen, dass die GEW-Forderung nach einer Paralleltabelle aufgrund der Blockadehaltung der Länder über Jahre nicht erreicht werden konnte. Bei der Entstehung des Tarifwerkes war eine Höhergruppierung in der exakt selben Tätigkeit anscheinend nicht vorgesehen. Mit der Höherbewertung des A12-Lehramtes durch den Gesetzgeber ist diese Situation aber eingetreten und es ist schwer verständlich, warum die Mitnahme der Erfahrungswerte bei einem Arbeitgeberwechsel möglich sein kann, beim selben Arbeitgeber aber nicht. Dies ist ungerecht.

Die GEW kämpft daher um mehr Anerkennung: Seit 2 Jahren sind wir nun in einer Arbeitsgruppe dabei, gemeinsam mit den senatorischen Behörden im Finanz- und Bildungsressort gesetzeskonform im Rahmen des Tarifvertrages Lösungen zu erarbeiten, die die finanziellen Einbußen, die durch eine Höhergruppierung und dem damit verbundenen Verlust der Stufenlaufzeit entstehen können, zu kompensieren oder zumindest

abzudämpfen. Über die weitere Entwicklung werden wir hoffentlich zeitnah informieren können. GEW-Mitglieder erhalten natürlich Beratung und Unterstützung.

<https://www.gew.de/mitglied-werden/>

## Tarif TV-L

3,01% zum 1.1.2019, weitere 3,12% zum 1.1.2020 und eine dritte Tranche von 1,29% zum 1.1.2021 – das war das hart erkämpfte Ergebnis für die Erhöhung der Entgelttabelle nach der letzten Verhandlungsrunde im Tarifvertrag der Länder (TV-L). Für die angestellten Lehrkräfte in Bremerhaven, die sich mit gewerkschaftlichem Schutz in den Tarifikampf begaben, auf den ersten Blick ein gutes Ergebnis. In schlechter Erinnerung bleiben dabei das Einfrieren der Jahressonderzahlung auf den Stand von 2018 und eine bisher einmalig lange Vertragslaufzeit von 33 Monaten. Bremen reagierte unter dem Druck der anderen Bundesländer schnell und nahm, anders als nach diversen Tarifaueinandersetzungen der Vergangenheit, eine wirkungsgleiche Übernahme für die Besoldungsanpassung der Beamt:innen vor. Zu groß schien die Gefahr, im Wettbewerb um gute Fachkräfte noch weiter ins Hintertreffen zu geraten.

Rasch vergehen zwei Jahre und wieder einmal gilt: **Nach dem Tarifikampf ist vor dem Tarifikampf.** Mehr als die Hälfte der Vertragslaufzeit ist durch eine Viruspandemie geprägt, die uns im privaten aber ganz besonders in unserem beruflichen Leben an die Grenzen der Belastbarkeit bringt. Die staatlichen Institutionen arbeiteten weiter, die Schulen und Kitas im Lande Bremen waren fast durchgängig geöffnet und die

Entwicklung der digitalen Infrastruktur wurde mit einer Geschwindigkeit und einem Kostenvolumen vorangetrieben, wie wir es uns noch vor einem Jahr nicht hätten vorstellen können. Ein Ende, zumindest dieser Viruspandemie, scheint mittlerweile greifbar. Testverfahren und Impfstoffe wurden entwickelt und selbst die Verteilung dieser scheint nach holprigem Beginn inzwischen zu gelingen. Dies war und ist alles nur möglich, weil **der öffentliche Dienst weiterhin funktioniert und die Beschäftigten die Versorgung in allen Bereichen tagtäglich gewährleisten.** Umso erstaunlicher, dass es die kommunalen Arbeitgeber waren, die 2020 das Angebot der ÖD-Gewerkschaften ablehnten, die Tarifverhandlungen im TVöD durch eine Vertragsverlängerung mit einer moderaten Tarifierhöhung zu verschieben. So kam es in einer sehr prekären Situation zu einer für beide Seiten schwierigen Tarifaueinandersetzung, die mit gesundem Menschenverstand vermeidbar gewesen wäre. An Streiks war nicht zu denken und so kämpften die Kolleg:innen, von Arbeitgeberseite unterschätzt, mit großem Aufwand und viel Kreativität in alternativen Aktionsformen für eine bessere Bezahlung. Allerdings mit einem Ergebnis, welches auch ohne Arbeitskampf möglich gewesen wäre. Im Oktober wird es wieder soweit sein, nun aber im TV-L. Für die Beschäftigten ist zu erwarten, dass das Ergebnis des TVöD für die Verhandlungen wegweisend sein wird. Tarifierhöhungen müssen schwer erkämpft werden. Schon jetzt sind die Klagen über leere Staatskassen und die verheerenden Pandemiefolgen wahrzunehmen. Die Verhandlungsrunden für die Tarifaueinandersetzung sind schon in der Planung, die **Tarifkommissionen und Tarifarbeitskreise**

**organisieren sich**, erste Diskussionen um mögliche Forderungen finden bereits statt. Auch der AK-Tarif der GEW im Lande Bremen steht in der Vorbereitung - ein erstes Videokonferenztreffen führte zum Austausch unter den Tarifbeschäftigten. Interessanterweise waren es nicht die Werte der Entgelttabelle, die am stärksten

diskutiert wurden, sondern zwei **alte Forderungen**, die die Beamt:innen in Ihrer Gesetzgebung verankert wissen und die den TV-L-Beschäftigten seit Ewigkeiten verwehrt werden: Der stufengleiche Aufstieg bei einer Höhergruppierung und die Möglichkeit zur Altersteilzeit.

### Schon ´mal vormerken:

**Mittwoch, 24.03.2021, 16.30 – 18.30 Uhr**  
**offenes digitales Mitgliedertreffen**

#### **Tagesordnung:**

1. Aktuelle Situation
2. **„Demokratie unter Druck“**  
Vortrag und anschließende Diskussion  
Referent: **Kurt Edler**

Der Zusammenhalt der offenen Bürgergesellschaft ist gefährdet. Das Klima wird rauer. Vom Cyber-Mobbing über Verschwörungserzählungen bis hin zum politischen Mord: die Demokratie gerät unter Druck. Der Gastreferent skizziert die politische Lage und schaut auf Hintergründe und Akteure sowie deren Methoden. Daraus leitet er Empfehlungen für die demokratische Pädagogik sowie das gewerkschaftliche Engagement ab und stellt sich anschließend der Diskussion. Studiendirektor i.R. Kurt Edler hat in Hamburg als Lehrer und Lehrerfortbildner gearbeitet und war für die Extremismusprävention im Schulwesen zuständig.

### **Neuwahl der Vertreterinnen und Vertreter zum Bremischen Gewerkschaftstag**

Im Mai können alle GEW-Mitglieder in Bremerhaven ihre Vertreter\*innen in den Bremischen Gewerkschaftstag wählen. Bis zum 22. März müssen die Kandidat\*innen für das höchste Organ unseres Landesverbandes gemeldet sein. Zu wählen sind mindestens 17 Delegierte. Für die vierjährige Amtszeit brauchen wir zudem ausreichend Nachrückerinnen und Nachrücker.

**Nur eine große Anzahl von Kandidat\*innen ermöglicht eine wirklich demokratische Wahl und garantiert eine stabile Arbeit des höchsten Gremiums der GEW Bremen. Bis zum 22. März 2021 können sich Kandidat\*innen zur Wahl stellen oder vorgeschlagen werden. Bis dahin müssen auch die Einverständniserklärungen aller Kandidat\*innen vorliegen. Der Bremische Gewerkschaftstag tagt jährlich ein bis zwei Tage, berät und beschließt über die politischen Ziele und Aufgaben sowie den Haushalt der GEW und wählt den Landesvorstand.**

Wählen kann man in der Zeit vom **12. Mai bis 02. Juni. Die Briefwahlunterlagen werden Anfang Mai verschickt.** Die Auszählung der Stimmen ist am 2. Juni in der Geschäftsstelle Bremerhaven.